

# Niederschrift

(öffentlicher Teil)

über die **23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Coswig (Anhalt)**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	<b>Donnerstag, 25.10.2007</b>
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:30Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	im Klosterhof, Schloßstraße 57,

---

**Sämtliche Mitglieder des Stadtrates der Stadt Coswig (Anhalt) und die Bürgermeisterin wurden ordnungsgemäß eingeladen.**

Vorsitzender war: **Stadtrat Stricker**  
Stellvertretender Vorsitzender war: **Stadtrat Lewerenz**  
Schriftführerin war: Frau Noeßke

---

Anwesend waren:

**Fraktion der CDU/FDP**

Stadtrat Norbert Knichal  
Stadtrat Rudolf Köhler  
Stadtrat Lothar Pohl  
Stadtrat Burkhard Schröter ab 17:25 Uhr, Top 10  
Stadtrat Henry Stricker  
Stadtrat Wolfgang Tylsch  
Stadtrat Henry Niestroj

**Fraktion der SPD**

Stadtrat Wolfgang Blänkner  
Stadtrat Manfred Ertelt  
Stadtrat Heiko Fritzsche

**Fraktion der FWG**

Stadtrat Danny Kregel  
Stadtrat Wolfgang Lewerenz

**Stellvertretende Bürgermeisterin**

Marlis Simon

**Die Linke**

Stadtrat Dieter Gommert  
Stadtrat Klaus Krause  
Stadtrat Siegfried Nocke  
Stadtrat Rolf Schulze

**Fraktion des Bürgerblocks**

Stadtrat Günther Stoß  
Stadtrat Michael Wojna

**Parteilos**

Stadträtin Petra Gorn

---

Es fehlten entschuldigt:

**Fraktion der CDU/FDP**

Stadtrat Rudolf Quack

**Bürgermeisterin**

Frau Doris Berlin

---

Außerdem waren anwesend: 3 Gäste, 3 Mitarbeiter der Verwaltung  
1 Vertreter der Presse (MZ)

Beschlussfähigkeit war gegeben:  war nicht gegeben:

**Protokoll:****1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit. Bestätigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und teilte mit, dass die Sitzung für das Protokoll auf Tonträger aufgezeichnet wird und weitere Tonbandaufnahmen nicht zugelassen sind.

Er machte die Gäste auf die ausliegenden Beschlussvorlagen des öffentlichen Teiles aufmerksam. Anschließend stellte er die fristgemäße Einladung der Stadträte fest und verwies auf die Veröffentlichung im Amtsblatt und im Schaukasten am Rathaus.

Er teilte mit, dass die Tagesordnung in Übereinstimmung mit der Bürgermeisterin aufgestellt wurde. Danach stellte er die Beschlussfähigkeit fest (es waren 18 Stadträte anwesend).

Danach erfolgte die Abstimmung der Tagesordnung wie folgt:

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
21	18	0	18	0	0

**2. Hinweis auf den § 31 GO LSA "Mitwirkungsverbot" zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung**

Der Vorsitzende gab folgenden Hinweis: Sollte ein Mitglied des Stadtrates oder die Bürgermeisterin vom Mitwirkungsverbot betroffen sein, ist dies vor Beginn der Diskussion zu dem entsprechenden TOP unaufgefordert mitzuteilen und die betreffende Person hat im öffentlichen Teil der Sitzung im Zuschauerraum Platz zu nehmen und im nichtöffentlichen Teil den Sitzungssaal zu verlassen.

**3. Bestätigung der Niederschrift der 22. Sitzung des Stadtrates vom 20.09.2007**

Ohne Änderungen wurde die Niederschrift bestätigt.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
21	18	0	17	0	1

**4. Einwohnerfragestunde (Zeitlimit 30 min.)**

Frau Christine Arndt, Zerbster Straße 43, kritisierte den öffentlichen Nahverkehr für die Stadt Coswig (Anhalt). Die Anrufbusse decken den Bedarf nicht ab und sind zudem noch teurer. Sie bat darum, dass die Verwaltung sich bemühen sollte, die Busverbindungen nach Wittenberg und Roßlau nicht nur während der Schulzeit regelmäßig aufrecht zu halten. Der Vorsitzende machte deutlich, dass es sich beim Personennahverkehr um Angelegenheit des Landkreises handelt. Er versprach eine schriftliche Beantwortung ihrer Anfrage.

Weiter erläuterte Frau Arndt ihre derzeitige Lebenssituation.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass es sich hier um ein Fragestunde der Einwohner handelt und sich Frau Arndt mit dem Problem bei den zuständigen Fachämter beraten lassen sollte. Auch zur Frage der Wohnungssuche sollte sie noch einmal bei der Wohnungsbau GmbH oder der AWG nachfragen.

**5. Hauptsatzung der Stadt Coswig (Anhalt)**

**Vorlage: COS-BV-358/2007**

Ohne Änderungen und Diskussionen wurde die Vorlage beschlossen.

<b>Mitglieder</b>			<b>Abstimmungsergebnis</b>		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
<b>21</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**6. Satzung zur Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger der Stadt Coswig (Anhalt)**

**Vorlage: COS-BV-356/2007**

Ohne Anfragen und Wortmeldungen wurde diese Vorlage einstimmig beschlossen.

<b>Mitglieder</b>			<b>Abstimmungsergebnis</b>		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
<b>21</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**7. Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Coswig (Anhalt) und den Ortsteilen Zieko und Wörpen**

**Vorlage: COS-BV-351/2007**

Ohne Diskussion wurde die Beschlussvorlage einstimmig beschlossen.

<b>Mitglieder</b>			<b>Abstimmungsergebnis</b>		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
<b>21</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**8. 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Entschädigung für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich Tätige der Freiwilligen Feuerwehr Coswig (Anhalt) (Entschädigungssatzung)**

**Vorlage: COS-BV-119/2003/1**

Ohne Änderungen und Wortmeldungen wurde diese Änderungssatzung einstimmig beschlossen.

<b>Mitglieder</b>			<b>Abstimmungsergebnis</b>		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
<b>21</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**9. Sanierung der Kindereinrichtung "Amselgarten" (Krippengebäude)  
Vorlage: COS-BV-360/2007**

Ohne Anfragen und Wortmeldungen wurde diese Beschlussvorlage vom Stadtrat einstimmig beschlossen.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
21	18	0	18	0	0

**10. Einzelhandelsentwicklungskonzept Stadt Coswig (Anhalt)  
Vorlage: COS-BV-343/2007**

Stadtrat Ertelt, für die Fraktion der SPD, erläuterte, dass bereits im Hauptausschuss über Details diskutiert wurde und man sich einig war, konkrete Formulierungen zu ändern. Der vorliegende Lösungsvorschlag der Fraktion der SPD für die Punkte 4 und 5 wurde allen Stadträten übergeben.

Stadtrat Nocke, für die Fraktion Die Linke, erklärte, dass die Fraktion beabsichtigt, eine Ergänzung im Beschlussvorschlag mit Punkt 9 f) einzureichen, welcher allen Stadträten vorab zugesandt wurde. In der Zwischenzeit wurde nochmals in der Fraktion darüber diskutiert und eine nochmalige Änderung in der Formulierung vorgeschlagen. Diese Umformulierung teilte er allen Stadträten mündlich mit.

Daraufhin beantragte der Vorsitzende eine 10-minütige Auszeit, um in allen Fraktionen über die eingebrachten Änderungsvorschläge zu diskutieren.

*(17:25 Uhr, Stadtrat Schröter nimmt an der Sitzung teil.)*

Anschließend stellte der Vorsitzende den Antrag der SPD zur Änderung der Punkte 4 und 5 im Beschlussvorschlag zur Abstimmung mit folgendem Ergebnis: dafür = 17, dagegen = 0, Enthaltung = 2

Damit wurde dem Änderungsantrag der SPD mehrheitlich die Zustimmung erteilt.

Stadtrat Tylsch lobte die Beschlussvorlage und hätte sich diese bereits vor 10 Jahren gewünscht. Inhaltlich zeigt dieses Konzept, welches sehr aufwendig und mit interessanten Analysen versehen ist, eine Menge neuer Erkenntnisse auf. Es gibt Aufschluss, wo die Stärken der Stadt liegen könnten und was für die Stadt vorteilhaft bzw. weniger dienlich ist. Dieses Konzept findet die Zustimmung der Fraktion CDU/FDP. Unter Top 13 „Anträge, Anfragen und Mitteilungen“ wird die Fraktion eine Ergänzungsvorlage zum Einzelhandelsentwicklungskonzept einbringen.

Auch die Fraktion der SPD hält dieses Einzelhandelsentwicklungskonzept für wichtig, da es Wildwuchs in der Stadt eindämmt. Es wurde lange um dieses Konzept gerungen und nun wurden die Dinge niedergeschrieben, die bereits bekannt waren. Eine weitere Stufe wäre die Erarbeitung eines Maßnahmenpaketes, in dem die Schwerpunkte definiert werden.

Stadtrat Lewerenz für die Fraktion der FWG schätzte ein, dass der wichtigste Satz in der Stellungnahme der CDU ist „Nichts wäre dem Zweck abträglicher als ein starres Korsett, ...“. D. h., dass ständig daran weiter zu arbeiten ist.

Stadtrat Nocke zog seinen Antrag zurück und wird ihn im Top „Anträge, Anfragen und Mitteilungen“ noch einmal einreichen. Das Konzept ist mit den eingebrachten Änderungen zustimmungsfähig.

Danach wurde die Vorlage wie folgt bestätigt. |

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
21	19	0	17	0	2

## 11. Erhaltungssatzung Altstadt Coswig (Anhalt)

### Vorlage: COS-BV-353/2007

Stadtrat Nocke merkte an, dass bereits im Bauausschuss darüber diskutiert wurde und man zu der Erkenntnis gekommen war, dass man an dieser Satzung nicht vorbei kommt, wenn man in der Zukunft städtebauliche Fördermittel beantragen will. Er hinterfragte, wie sich die neue Förderung auf private Vorhaben auswirkt. Ist damit zu rechnen, dass private Vorhaben weniger beachtet werden und werden kleinteilige Maßnahmen mit geringeren Mitteln gefördert? Sollten sich die finanziellen Auswirkungen bei den privaten Förderungen negativ entwickeln, muss seiner Meinung nach die Bevölkerung darüber informiert werden (Amtsblatt, Einwohnerversammlung u.a.).

Stadtrat Krause wollte wissen, ob bei privaten Baumaßnahmen mit Einschränkungen oder Konsequenzen zu rechnen ist gegenüber dem, was bisher zu beachten war.

Herr Boos antwortete, dass bereits im Bauausschuss über die Notwendigkeit dieser Satzung und über die Dinge, die auf den Bürger zukommen, diskutiert wurde. Als Anlage wurde dieser Satzung auch der räumliche Geltungsbereich beigefügt. Der Geltungsbereich hat sich zum Sanierungsgebiet vergrößert, so dass mehr Grundstücke davon betroffen sind. Die Zielstellung dieser Erhaltungssatzung ist die Sicherstellung und Erhaltung des historischen Stadtkerns. Eine finanzielle Förderung in Höhe von jeweils 40 % erfolgt einmal über den Bund und einmal über das Land. Die verbleibenden 20 % müssen als Eigenanteil durch die Stadt selbst getragen werden. Förderungen bei privaten Maßnahmen können bewilligt werden. Hierzu müssen im Bauausschuss noch Förderrichtlinien erarbeitet und behandelt werden. Private Bürger haben aber weiterhin die Möglichkeit, einen Antrag auf Förderung zu stellen. Ferner ist die Erarbeitung eines Maßnahmenplanes, der die Fördermaßnahmen für das einzelne Jahr auflistet, notwendig, welcher im Bauausschuss zu beschließen ist. Hierbei ist dem großen finanziellen Kraftaufwand für das Schloß große Beachtung zu schenken, wobei die kleinen privaten Maßnahmen nicht zu kurz kommen dürfen. Neu für die Bürger sind die Fülle der Genehmigungsverfahren: Die sanierungsrechtliche Genehmigung, Genehmigung nach der Erhaltungssatzung und die denkmalrechtliche Genehmigung. Die Sanierungsgenehmigung und die Genehmigung nach der Erhaltungssatzung sollen verknüpft werden, da wesentliche Ziele nicht voneinander abweichen. Es ist deshalb notwendig, dass die Öffentlichkeitsarbeit durch Amtsblatt, Faltblätter und Informationsveranstaltungen durchgeführt wird.

Stadtrat Krause schätzte ein, dass eine Veröffentlichung im Amtsblatt nicht ausreicht. Es sollte zur Aufklärung für die Bürger dieses Gebietes eine Einwohnerversammlung stattfinden.

Herr Boos teilte ferner mit, dass der Fördermittelbescheid für das Programm 2007 eingegangen ist, so dass man tätig werden muss. Er rechnet mit zahlreichen Nachfragen, deshalb müssen die Förderrichtlinien und Genehmigungsvorbereitung erarbeitet werden. Haben die entsprechenden Gremien beschlossen, sind die Unterlagen den Bürger zugänglich zu machen. Dies kann aber erst geschehen, wenn alle Fragen zur Förderproblematik klar sind.

Stadtrat Gommert fragte nach, ob es einen Plan gibt, bis wann die Bürger über diese Angelegenheit informiert werden.

Herr Boos antwortete, dass der späteste Zeitpunkt das Frühjahr sei, da dann die Bauphase beginnt. Bis dahin müssen dann auch die Fördermittelbescheide für das Haushaltsjahr 2008 bewilligt sein, da die Planungssicherheit gegeben sein muss.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
21	19	0	19	0	0

## 12. Ermittlung der Feinstaubbelastung an der B 187

### Vorlage: COS-BV-361/2007

Stadtrat Ertelt, für die Fraktion der SPD, begründete die Vorlage u. a. damit, dass die Feinstaubbelastung für die Coswiger Innenstadt zunimmt. Grund ist unter anderem der weitere Ausbau des Gewerbegebietes in Piesteritz, deren Zulieferer zumeist durch die Stadt Coswig (Anhalt) fahren. Hier muss mehr Druck bei den zuständigen Behörden erzeugt werden, die für die Umsetzung der Ortsumfahrung Verantwortung tragen. Laut Aussage der Verwaltung ist für eine kreisangehörige Stadt wie Coswig (Anhalt) für solche Messungen das Amt für Landwirtschaft und Flurneuordnung zuständig. Ansinnen ist, erhöhten Druck bei den zuständigen Behörden auszuüben, wenn festgestellt wird, dass eine starke Überschreitung der Werte gegeben ist.

Stadtrat Krause sieht dies ebenfalls als Druckmittel für den Bau der Umgehungsstraße, hofft aber, dass dies nicht zum Bumerang für die Kommune wird.

Stadtrat Tylsch sprach sein Einverständnis für diese Vorlage aus, da die Belastungen des Straßenverkehrs in der Stadt unerträglich geworden sind. Er kann aber nicht nachvollziehen, warum die finanziellen Auswirkungen in der Vorlage als unbekannt bezeichnet werden. Er hinterfragte, wer dafür die Kosten trägt und schlug vor, den Beschlussvorschlag so umzuformulieren, dass die Verwaltung mit der Prüfung und Antragstellung zur Einrichtung einer Messstelle beauftragt wird. Stadtrat Stoß stimmte dem Vorschlag zu meinte aber, die Höhe der Kosten spielt dabei keine Rolle, da es um die Gesundheit der Bürger geht.

Stadtrat Ertelt sagte, dass für die Messung und Installierung der Messeinrichtung das Ministerium für Umwelt und für die Durchführung der Messung das Landesverwaltungsamt zuständig ist. Die Frage, inwieweit Kosten auf die Stadt zukommen, sieht er als nicht gegeben an. Die Verwaltung muss nur Kontakt mit den zuständigen Behörden aufnehmen.

Herr Boos erklärte, dass die Zuständigkeit dafür im Bundesland liegt, womit das Ministerium des Landes und in diesem Fall das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt dafür zuständig ist. Vorab muss aber erst geklärt werden, ob in der Stadt ein Schwerpunkt zur Aufstellung der Messstation existiert. Die Verwaltung wird die entsprechenden Anträge stellen und nach einer Vorprüfung durch das Landesamt, werden gegebenenfalls Messstationen in der Innenstadt aufgebaut. Auf Nachfrage von Stadtrat Tylsch, ob der Stadt keine Kosten entstehen, antwortete Herr Boos, dass er derzeit keine Kosten für die Stadt erkennen kann.

Der Vorsitzende merkte an, falls es doch zu finanzielle Auswirkungen kommen sollte, der Stadtrat unverzüglich zu informiert ist.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
21	19	0	19	0	0

### 13. **Anträge, Anfragen, Mitteilungen**

Stadtrat Tylsch stellte für die Fraktion der CDU den Antrag, eine Ergänzung zum Einzelhandelsentwicklungskonzept in Form einer Beschlussvorlage einzureichen. Damit soll die Verwaltung beauftragt werden, Grundlagen für eine Entscheidung über die Erarbeitung eines Stadtmarketingkonzeptes sowie eines Leerstandsmanagement zu erarbeiten. Mit dem Grundstein des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt muss nun die Weiterentwicklung vorangetrieben werden. Er verlas für alle Stadträte den Inhalt der Beschlussvorlage.

Stadtrat Nocke teilte mit, dass er vorab allen Stadträten den Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke zugesandt hatte. Er vermisst im Antrag der CDU die Erarbeitung eines Verkehrs- und Gestaltungskonzeptes.

Stadtrat Tylsch erklärte, dass der Beschluss inhaltlich nur grob umrissen ist. Das Einzelhandelsentwicklungskonzept darf nicht zum Stillstand kommen und gleichzeitig soll der Beschluss der Verwaltung als Arbeitsgrundlage dienen.

Stadtrat Krause schlug vor, diesen Beschluss zur nächsten Stadtratssitzung auf die Tagesordnung zu setzen, damit sich die Stadträte vorab damit beschäftigen können.

Stadtrat Stoß wollte wissen, ob das Konzept die Verwaltung oder ein beauftragtes Ing.-Büro erarbeiten soll.

Stadtrat Tylsch erklärte, dass es sich bei dem Einzelhandelsentwicklungskonzept um ein komplexes Gebiet handelt. Von der Verwaltung werden nun Vorschläge erwartet, die dann im Stadtrat weiter bearbeitet werden.

Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung für 3 Minuten, damit sich die Fraktionen zur eingereichten Vorlage verständigen können.

Nach der Auszeit schlug der Vorsitzende vor, die Beschlussvorlage zur nächste Hauptausschusssitzung einzureichen. Aus seiner Sicht reicht aber auch ein normaler Auftrag an die Verwaltung, damit diese tätig wird.

Stadtrat Lewerenz schlug vor, dass die Fraktion CDU/FDP ihren Antrag zurückzieht und den Auftrag an die Verwaltung formlos weiter gibt.

Stadtrat Ertelt sprach sich ebenfalls dafür aus, dass das beschlossene Einzelhandelsentwicklungskonzept nun durch geeignete Maßnahmen untersetzt werden muss. In welcher Form das geschehen soll, darin ist er sich auch noch nicht sicher.

Stadtrat Tylsch hielt seinen Antrag zur Einbringung dieser Beschlussvorlage aufrecht.

Der Vorsitzende lies über die von der Fraktion CDU/FDP eingebrachte Beschlussvorlage abstimmen mit folgendem Ergebnis:

#### **Stadtmarketingkonzept und Leerstandsmanagement entwickeln Vorlage: COS-BV-365/2007**

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
21	19	0	16	0	3

Nachdem es keine weiteren Anträge, Anfragen und Mitteilungen gab, beendete der Vorsitzende den öffentlichen Teil dieser Sitzung.

Coswig (Anhalt), den 20.11.2007

Stricker  
Vorsitzender des Stadtrates

Engel  
Protokollantin